

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Abdruck

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (43) – 522 00 – Ste 205/95

Bonn, den 18. Juli 1995

An den Vorsitzenden
des Vermittlungsausschusses
des Deutschen Bundestages und des Bundesrates

Die Bundesregierung hat beschlossen, zu dem vom Deutschen Bundestag am 2. Juni 1995 verabschiedeten Jahressteuergesetz 1996 zu verlangen, daß der Vermittlungsausschuß gemäß Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes einberufen wird.

gez. Dr. Helmut Kohl

An die Präsidentin
des Deutschen Bundestages

Das vorstehende Schreiben wurde dem Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses am 18. Juli 1995 zugeleitet.

